



Kolumbiens KP: Nationale Krise demokratisch lösen

Von Jürgen Macht

Entsprechend der gegenwärtigen Haupttendenz der gesellschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika vollzog sich in den 80er Jahren auch in Kolumbien ein bedeutender Aufschwung der Volksbewegung im Kampf für Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt. Die wachsende Einheit und Reife der linken und demokratischen Kräfte zeigt sich im Zusammenschluß der Gewerkschaftsorganisationen in der „Einheitszentrale der Werktätigen“ (CUT), in der Formierung von Koordinierungsgruppen der Bürger- und Kommunalbewegung sowie in der Gründung neuer Organisationen der Bauern, der Jugend und Studenten, der Frauen und der indischen Bevölkerung.

Eine der wichtigsten Errungenschaften dieses Prozesses ist die Ende 1985 auf Initiative der Kolumbianischen Kommunistischen Partei (KKP) und der ihr nahestehenden Partisanenorganisation „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC) gegründete

15. Parteitag analysierte neue Kampfbedingungen

In dieser angespannten und widersprüchlichen Etappe der inneren Entwicklung Kolumbiens fand im Dezember 1988 der 15. Parteitag der KKP in der Hauptstadt Bogota statt. Das höchste Forum der kolumbianischen Kommunisten analysierte die internationale und nationale Entwicklung seit dem 14. Parteitag 1984 und die aus veränderten Kampfbedingungen entstandenen neuen An-

forderungen an die Strategie und Taktik der Partei, im Mittelpunkt der Diskussion stand die Haltung der Kommunisten zur neuen Welle der Gewalt, die das südamerikanische Land seit 1987 erschüttert. In Kolumbien wird seit über 40 Jahren ein bewaffneter Konflikt ausgetragen, der nach Auffassung der Kommunisten seine tiefen Ursachen in den sozialökono-

„Patriotische Union“ (UP). Mit ihr entstand erstmals eine organisierte breite Bewegung unterschiedlicher Kräfte, die für einen politischen Ausweg aus dem jahrzehntelangen inneren Konflikt und für die Überwindung des überlebten traditionellen bürgerlichen Herrschaftssystems von Konservativen und Liberalen eintreten. Bei den Parlaments- und Gemeindewahlen 1986 bzw. 1988 erkämpfte die UP erste bedeutende Positionen im gesellschaftlichen Leben und leistete nach Einschätzung der KKP einen wichtigen Beitrag, um „die Linkskräfte aus dem politischen Abseits zurückzuholen“.

Auf die Erfolge der Massenbewegung und die zunehmende Bereitschaft zur Verständigung der demokratischen und patriotischen Kräfte antwortete die Reaktion mit einem erneuten Mord- und Terrorfeldzug, der die innenpolitische Klassenaueinander- setzung außerordentlich verschärfte und die Kampfbedingungen veränderte.

mischen und politischen Verhältnissen hat. Die einheimische Oligarchie versucht vergeblich, die sozialen Forderungen und Kämpfe des kolumbianischen Volkes gewaltsam zu unterdrücken. Während eines blutigen Bürgerkrieges zwischen Konservativen und Liberalen und angesichts der Angriffe reaktionärer Todesschwadronen und Militärs insbesondere gegen die Landbevölkerung riefen die Kommunisten Ende der 40er Jahre die Werktätigen zur bewaffneten Selbstverteidigung auf. Aus den damals entstandenen Selbstverteidigungsorganen der Bauern ging 1964 die Partisanenorganisation FARC hervor. Unter dem Einfluß der kubanischen Revolution formierten sich in den 60er und 70er Jahren weitere Partisanenverbände. Die Entwicklung des inneren Kräfteverhältnisses ließ in den realistisch denkenden Kreisen der kolumbianischen Bourgeoisie die Erkenntnis reifen, daß der Konflikt nicht militärisch zu lösen sei und alle Versuche in dieser Richtung nur zur Verschärfung der Konfrontation führen. 1984 schloß die damalige Regierung unter Staatspräsident Betancur mit der FARC und anderen Organisationen ein Waffenstillstandsabkommen, das eine legale Teilnahme der Partisanen am politischen und gesellschaftlichen Leben und Reformen in Aussicht gestellt hatte.

Nach Einschätzung der KKP haben die heute regierenden Kreise unter dem Druck der, einheimischen Oligarchie und des Impe-